

NEIN zur radikalen Kündigungsinitiative

Aargauer Komitee



Aargauer Komitee
«NEIN zur Kündigungsinitiative»
c/o FDP.Die Liberalen Aargau
Laurenzenvorstadt 79
Postfach
5001 Aarau

T +41 (0)62 824 54 21
F +41 (0)62 824 54 22

www.aargauerkomitee.ch
www.facebook.com/groups/ki.nein.ag

Aarau, 28. August 2020

Medienmitteilung

Aargauer Komitee aus Politik und Wirtschaft bekämpft Kündigungsinitiative

Kündigung der Personenfreizügigkeit hätte verheerende Folgen für den Kanton Aargau

Ein breit abgestütztes, überparteiliches Aargauer Komitee hat sich zum Widerstand gegen die Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative) formiert. Dem von der FDP Aargau geleiteten Komitee gehören die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) sowie die Kantonalparteien von CVP, GLP, EVP und BDP an – mit zahlreichen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft. Im Co-Präsidium des Komitees Einsitz nimmt auch der Regierungsrat des Kantons Aargau mit Landammann Markus Dieth, Landstatthalter Stephan Attiger und Volkswirtschaftsdirektor Urs Hofmann. Das Nein-Komitee beurteilt die Folgen einer Annahme der Kündigungsinitiative für den Kanton als Wirtschafts-, Bildungs-/Forschungs- und Wohnkanton als gravierend und setzt sich mit Überzeugung und Vehemenz für eine Ablehnung der gefährlichen Initiative ein.

Die Kündigungsinitiative will, dass die Schweiz die Zuwanderung künftig eigenständig regelt. Hierfür muss das geltende Personenfreizügigkeitsabkommen gekündigt werden. Dies hätte zur Folge, dass auch die mit der Personenfreizügigkeit verknüpften Bilateralen I gekündigt werden. Die Schweiz, mitten in Europa, stünde von einem Tag auf den anderen ohne Abkommen mit dem wichtigsten Handelspartner, der EU, da.

Aargau wäre stark betroffen

Die Corona-Krise hat die Schweizer Wirtschaft und auch den Kanton Aargau durchgeschüttelt, der Austausch an Waren und Dienstleistungen über die Landesgrenzen und damit die Wertschöpfungsketten wurden unterbrochen. Mit Annahme der Kündigungsinitiative würde dies zum Dauerzustand. Gerade der Aargau ist stark abhängig von der Exportwirtschaft, denn 64 Prozent aller Exporte gehen in die EU. Hinzu kommt der – insbesondere für Grenzregionen – sehr bedeutende grenzüberschreitende Personenverkehr von Arbeitskräften. Entsprechend sind gute vertragliche Beziehungen zur wichtigsten Handelspartnerin existenziell für die Aargauer Wirtschaft und damit auch für die Bevölkerung.

Bilaterale als bestmögliche Lösung für die Schweiz

Ohne die Bilateralen I würden der Schweiz wiederkehrend pro Jahr 64 Milliarden Franken an Wirtschaftsleistung entgehen, wie eine Studie von BAK Economics belegt. Das BIP wäre ganze 3,9 Prozent tiefer. Die bilateralen Verträge sind eine massgeschneiderte Lösung für die Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU, jenseits eines Beitritts zur EU oder dem EWR. Das Vertragspaket wurde vor 20 Jahren mit einer Zweidrittelmehrheit von der Bevölkerung angenommen und hat sich seither bewährt.

Fünf Gründe für ein Nein

Das Aargauer Komitee «Nein zur Kündigungsinitiative» sieht fünf Hauptgründe, die für die Ablehnung der Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative) sprechen:

- Sie zerstört den bilateralen Weg langfristig.
- Es ist keine brauchbare Alternative in Sicht.
- Sie destabilisiert die Schweiz und den Aargau mitten in ohnehin wirtschaftlich sehr schwierigen Zeiten.
- Sie isoliert die Schweiz innerhalb Europas.
- Sie hängt die Schweizer Bildung und Forschung international ab.

Stimmen aus dem Nein-Komitee

Dr. Markus Dieth, Landammann Kanton Aargau (CVP):

«Die Kündigungsinitiative gefährdet die bilateralen Abkommen und damit auch den Wirtschaftsstandort Aargau.»

Dr. Lukas Pfisterer, Präsident FDP Aargau, Grossrat:

«Der grenzüberschreitende Personen- und Warenverkehr ist von grosser Bedeutung für den Kanton Aargau. Der Ausfall an Wirtschaftsleistungen wäre bei einem Ja zur Initiative enorm.»

Marianne Binder, Präsidentin CVP Aargau, Nationalrätin:

«Die Kündigungsinitiative isoliert die Schweiz und stellt uns wirtschaftspolitisch ins Abseits. Die Stimmberechtigten haben den bilateralen Weg in den letzten zwei Jahrzehnten immer wieder bestätigt. Gehen wir diesen Weg weiter und stimmen Nein.»

Beat Bechtold, Direktor Aargauische Industrie- und Handelskammer:

«Der Wirtschaftsstandort Aargau darf nicht geschwächt werden. Unsere Unternehmen können dank der Bilateralen am europäischen Binnenmarkt teilnehmen und gleichzeitig die Souveränität wahren.»

Foto-Beilage:

Vertreter Co-Präsidium Nein-Komitee: Stefan Huwyler (Grossrat FDP und Geschäftsführer Komitee), Marianne Binder (Nationalrätin und Präsidentin CVP Aargau), Dr. Markus Dieth (Landammann Kanton Aargau), Beat Bechtold (Direktor AIHK), Dr. Lukas Pfisterer (Grossrat und Präsident FDP Aargau) (v.l.n.r.).

Kontakt für weitere Auskünfte:

Stefan Huwyler, Grossrat FDP, Geschäftsführer Nein-Komitee, Tel. 062 824 54 21